

## PROTOKOLL

über die 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, dem  
30.03.2022,  
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** Rat/003/2022  
**Öffentliche Sitzung:** 17:00 Uhr bis 20:35 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Bürgermeisterin**

Bürgermeisterin Jutta Dettmann

#### **Vorsitzender**

Gerhard Boßmann

#### **stellv. Vorsitzender**

Harald Kruse

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Lars Albertmelcher  
Elisabeth Aryus-Böckmann  
Karl-Heinz Gerling  
Bernd Gieshoidt  
Gerda Hövel  
Dieter Kintscher  
Niklas Schulke  
Malte Stakowski  
Hermann Stratmann  
Susanne Unnerstall  
Sabine Wehrmann

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Lorenz Brieber  
Hauke Dammann  
Wilhelm Hunting  
Karin Kattner-Tschorn bis 17.47 Uhr  
Jörg Mäscher  
Annegret Mielke  
Mathias Otto  
Uwe Plaß  
Axel Uffmann

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Sandra Görtz  
Regina Haase  
Zofia Heitmann  
Malina Kruse-Wiegand  
Silke Meier  
Alfred Reehuis  
Michael Schoster  
George Trenkler

**Mitglied UWG e. V. Fraktion**

Falk Landmeyer  
Matthias Pietsch

**Mitglied FDP-Fraktion**

Arend Holzgräfe  
Edith Kaase  
Heinrich Thöle

**Mitglied DIE LINKE.**

Malte Schinke

**von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Andreas Dreier  
Stadtrat Dirk Hensiek  
Stadtbaurat Frithjof Look  
Uwe Strakeljahn  
Sandra Wiesemann  
Thomas Große-Johannböcke  
Herbert Seelhöfer  
Sophie Franke  
Jürgen Krämer

**ProtokollführerIn**

Kerstin Lehnig

**Zuhörer**

Presse  
Zuhörer

Herr Buß - Meller Kreisblatt  
sieben Personen

**Abwesend:**

**Mitglied CDU-Fraktion**

Stefanie Ernst  
Jan Lütkemeyer

entschuldigt  
entschuldigt

**Mitglied SPD-Fraktion**

Uwe Hinze  
Andreas Timpe

entschuldigt  
entschuldigt

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 08.12.2021
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Verabschiedung einer Resolution zum Krieg in der Ukraine
- TOP 7 Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ortsräte, die Ausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften (2021 - 2026)  
Vorlage: 01/2022/0057
- TOP 8 Neubesetzung des Schiedsamtes der Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0081
- TOP 9 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 für die Investitions-Nr. I40021-P05 Kita "Grashüpfer", BGA  
Vorlage: 01/2022/0039/1.1
- TOP 10 Überörtliche Kommunalprüfung zur Digitalisierung in allgemeinbildenden Schulen  
Vorlage: 01/2022/0007
- TOP 11 Richtlinie zur Vergabe von Standorten für Großflächenplakate  
Vorlage: 01/2022/0090
- TOP 12 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021:
- TOP 12.1 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 im Produkt 122-01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung  
Vorlage: 01/2021/0255
- TOP 12.2 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 für das Produkt 121-01 "Statistik und Wahlen"  
Vorlage: 01/2022/0047
- TOP 12.3 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 im Produkt 546-01 Parkeinrichtungen  
Vorlage: 01/2022/0005
- TOP 12.4 Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 im Produkt 111-16 Baubetriebsdienst  
Vorlage: 01/2022/0048
- TOP 13 Gesellschaftsanteil Automuseum Melle gGmbH  
Vorlage: 01/2022/0035
- TOP 14 Annahme von Zuwendungen  
Vorlage: 01/2022/0075
- TOP 15 Bauleitplanverfahren:
- TOP 15.1 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "Sondermühlener Straße - Beckers Kamp", Melle-Wellingholzhausen  
hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0307
- TOP 15.2 Bebauungsplan "Sondermühlener Straße - Beckers Kamp", Melle-Wellingholzhausen; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0304
- TOP 15.3 Bebauungsplan "Kosakenallee - 3. vereinfachte Änderung", Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0371

- TOP 15.4 Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung", Melle-Buer; hier: Beschluss über die Abwägung, Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2022/0021
- TOP 15.5 Innenbereichssatzung "Suttheide-Erweiterung" hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0376
- TOP 16 Nachhaltige Aspekte beim Planen, Bauen und Betreiben von öffentlichen Gebäuden  
Vorlage: 01/2021/0150
- TOP 17 Machbarkeitsstudie zur Klärschlamm-trocknung  
Vorlage: 01/2022/0031
- TOP 18 Verleihung einer Ehrenbezeichnung  
Vorlage: 01/2022/0051
- TOP 19 Verleihung einer Ehrenbezeichnung  
Vorlage: 01/2022/0077
- TOP 20 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0076
- TOP 21 Ernennung von Ortsbrandmeistern/stellv. Ortsbrandmeistern:
- TOP 21.1 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Niederholsten  
Vorlage: 01/2022/0056
- TOP 21.2 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Niederholsten  
Vorlage: 01/2022/0054
- TOP 21.3 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Riemsloh  
Vorlage: 01/2022/0052
- TOP 21.4 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Riemsloh  
Vorlage: 01/2022/0053
- TOP 21.5 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Tittingdorf  
Vorlage: 01/2022/0055
- TOP 21.6 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Tittingdorf  
Vorlage: 01/2022/0060
- TOP 21.7 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen  
Vorlage: 01/2022/0045
- TOP 21.8 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen  
Vorlage: 01/2022/0062
- TOP 22 Anträge von Ratsfraktionen- und gruppen:
- TOP 22.1 Richtlinien zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle
- TOP 22.1.1 Antrag der SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe auf Änderung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0009
- TOP 22.1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0066
- TOP 22.2 Antrag der UWG-Fraktion zur "Renaturierung der Else - Verfügbarkeit Fördermittel"  
Vorlage: 01/2022/0019

- TOP 22.3 Antrag vom 02.02.2022 an den Rat der Stadt Melle am  
30.03.2022 über den Finanzausschuss SPD/Grüne/Linke  
Stadtratgruppe  
Vorlage: 01/2022/0036
- TOP 22.4 Antrag der B90/Grüne Stadtratsfraktion zur  
Angebotsverbesserung des Busverkehrs Richtung  
Werther/Bielefeld  
Vorlage: 01/2021/0187
- TOP 22.5 Antrag auf konzeptionelle Überlegungen zur Weiterentwicklung  
der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH der SPD/Grüne/Linke  
Stadtratsgruppe vom 14.02.2022  
Vorlage: 01/2022/0059
- TOP 23 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden.

Angesichts des vor fünf Wochen begonnenen Krieges gegen die Ukraine betont Vorsitzender, dass seitdem die Menschen dort um ihr Leben kämpften, sich gegen den Aggressor Putin verteidigten und sich für eine freie Ukraine einsetzten. Auch in Melle seien die Menschen empört über den Angriffskrieg gegen die Ukraine und in Sorge um den Weltfrieden. Das Mitgefühl gelte sowohl den Menschen, die ihr Land verteidigten, als auch denen, die ihr Land verlassen haben, um dem Krieg zu entkommen. Sie müssen in eine ungewisse Zukunft in ein unbekanntes Land fliehen. Die Menschen der Stadt Melle gäben den Geflüchteten einen Ort und Raum, um sich wohlfühlen zu können. Die Verwaltung der Stadt Melle suche mit allen Kräften nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten. Es sei wichtig für die Geflüchteten durch Kontakte das Erlebte zu verarbeiten und die Sorgen über die zurückgebliebenen so ein wenig zu mildern. Vorsitzender dankt ausdrücklich allen, die sich um Geflüchtete, egal aus welchem Land sie auch kommen, kümmern und bemühen. Unter TOP 6 werde man nocheinmal auf dieses Thema zurückkommen. Danach bittet Vorsitzender alle Anwesenden sich zum Gedenken an die Opfer des Krieges in der Ukraine zu erheben und diesen mit einer Schweigeminute zu gedenken. Vorsitzender teilt zudem mit, dass auch die Corona-Pandemie das Tagesgeschehen weiter beherrsche. Man wolle durch geeignete Maßnahmen weiterhin die Verbreitung so gut es gehe eindämmen.

Anschließend stellt Vorsitzender angesichts der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit von derzeit 37 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 3. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

Im Folgenden gratuliert Vorsitzender allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)**

- Herr Behring erinnert, dass er in der letzten Ratssitzung am 08.12.2021 drei Fragen gestellt habe. Es sei eine schriftliche Antwort zugesagt worden, die er bis heute nicht erhalten habe. Er bittet aus diesem Grund um eine Beantwortung bis zum 14.04.2022.

Herr Behring möchte zudem wissen, ob es eine Obergrenze zur Finanzierung und Unterstützung von Vereinen gebe. Es gehe ihm hier um eine Unterstützung in Höhe von 25.000,00 € für den Segelflieger-Club Melle-Grönegau e. V. im letzten Jahr. Zudem seien Personal und Fahrzeuge zur Verfügung gestellt worden. Nun habe er erfahren, dass dort eine Brücke saniert werde.

Bürgermeisterin erklärt, dass der Veranstalter des Drachenfestes nicht der Segelflieger-Club, sondern der Drachenclub Osnabrück e. V. sei. Ihr sei nicht bekannt, dass es eine Spende seitens der Stadt Melle an den Segelflieger-Club gegeben habe. Hier sagt sie jedoch noch eine abschließende Klärung zu.

Herr Behring erkundigt sich, ob es für die Kläranlagen in Melle eine Ausnahmegenehmigung gebe, dass ungeklärte Abwässer in bestimmten Situationen in öffentliche Gewässer abgeleitet werden dürfen.

Herr Look informiert, dass es auf die konkrete Situation ankomme. Hier schlage er vor, dass Herr Behring Kontakt mit ihm aufnehme und man sich dann den Vorgang genau anschau. Des Weiteren möchte Herr Behring zum Thema „PKW-Stellplätze“ in Bezug auf Wohnungen und Häuser wissen, ob die Stadt Melle bzw. die Wohnungsbau Grönegau GmbH sich selber an die Vorgabe halte. Hintergrund seiner Frage sei die Wohnanlage am Herrenteich/Ecke Breslauer Straße. Hier gebe es seiner Meinung nach zu wenig Besucherparkplätze und Parkplätze würden an Fremdfirmen vermietet.

Herr Hensiek erklärt, dass man in der angesprochenen Wohnanlage 1,0 Stellplätze pro Wohneinheit nachgewiesen habe. Nicht alle Mieter würden den Stellplatz jedoch in Anspruch nehmen und so habe die dort ansässige Lebenshilfe Melle e. V. einige Plätze übernommen. Für Besucher seien ausreichend Stellplätze vorhanden.

### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender teilt mit, dass Herr Hunting im Namen aller Fraktionsvorsitzenden eine Resolution des Rates der Stadt Melle für Frieden und Solidarität in der Ukraine eingebracht habe. Diese Ergänzung der Tagesordnung solle unter TOP 6 behandelt werden.

Herr Hunting unterstreicht, dass alle Fraktionsvorsitzenden sich zu dieser Resolution ausgetauscht hätten und es sich somit um eine Resolution aller im Rat der Stadt Melle vertretenen Fraktionen handele. Der Grund sei, dass alle ein bedrückendes Gefühl bei dem Gedanken an den unsäglichen Krieg in der Ukraine hätten. Aus seiner Sicht sei dadurch das gesamte Sicherheitssystem in Europa und sogar der ganzen Welt aus den Fugen geraten. Daher könne man nicht schweigen und verurteile den verbrecherischen Krieg. Man bringe zudem die Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Ukraine zum Ausdruck. Das Engagement gelte zudem den angekommenen Flüchtlingen und man denke an die Partnerstädte der Stadt Melle.

Alle anwesenden Ratsmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

### **TOP 4      Genehmigung des Protokolls vom 08.12.2021**

Das Protokoll wird ohne Einwände und Ergänzungen einstimmig genehmigt.

### **TOP 5      Bericht der Verwaltung**

Bürgermeisterin berichtet zur aktuellen Lage des Krieges in der Ukraine (s. Anlage 1). Seit dem 28.02.2022 komme der Verwaltungsvorstand sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ämter in einer Ukraine-Runde mittlerweile täglich zusammen. Mit Stand des heutigen Tages gebe es 256 geflüchtete Personen in Melle. 97 Personen seien im Einwohnermeldeamt und im Sozialamt gemeldet, 134 Personen nur im Einwohnermeldeamt und 25 Personen im Sozialamt. Dieses liege daran, dass zunächst ein anderes Meldeverfahren durchgeführt worden sei. Mittlerweile sei am Schürenkamp 23, gegenüber dem Stadthaus, eine Meldestelle für die geflüchteten Personen eingerichtet worden. So sei es möglich, eine schnellere Bearbeitung vorzunehmen. Bürgermeisterin bedankt sich für die große Unterstützung von privaten Personen, verschiedenen Organisationen und den Rats- und Ortsratsmitgliedern der Stadt Melle. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung spricht sie ihren Dank für die geleistete Arbeit aus. Bürgermeisterin berichtet über die verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten der Flüchtlinge und den Ablauf bei und nach der Anmeldung. Sie erklärt, dass nur staatliche Hilfe gewährleistet werden könne, wenn die Personen gemeldet seien. In den nächsten Tagen werde es zudem Zuweisungen über den Landkreis Osnabrück geben. Hier sei im Vorfeld nicht bekannt, welche Staatsangehörigkeit die Flüchtlinge haben. Sie informiert, dass mittlerweile die Landesaufnahmestelle in Osnabrück zuständig sei. Bürgermeisterin teilt mit, dass in der Bürgermeisterrunde des Landkreises besprochen worden sei, in gegenseitiger Zusammenarbeit eine flexible Unterbringung, je nach zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, zu gewährleisten. Derzeit gehe man von 1,0 Mio. geflüchteter Personen aus der Ukraine aus. Die Zahlen seien jedoch nicht belastbar. Zudem wisse niemand genau, wie viele Personen sich bereits in Deutschland aufhielten. Ein wichtiger Punkt sei, dass die Flüchtlinge ihre Kinder schnell in den Schulen anmelden möchten. Dieses sei ein großer

Vorteil, da die Kinder so schneller Anschluss für die Zeit ihres Aufenthaltes fänden. Allerdings stehe man dadurch auch vor einer großen Herausforderung, da die Raum- und Personalkapazitäten endlich seien. Derzeit seien bereits 46 Kinder in den Meller Schulen angemeldet. Das Lehrmaterial der ukrainischen Schulen sei für das Kultusministerium digital abrufbar und werde den Schulen zur Verfügung gestellt. Die Kinder könnten zudem ihre Schulpflicht erfüllen, indem sie am digitalen Unterricht der Ukraine teilnehmen.

Bürgermeisterin berichtet ferner, dass es momentan noch relativ geringe Anfragen nach Kita-Plätzen gebe. Hier stehe man mit den Trägern und den Leitungen der Kindertagesstätten im Gespräch. Zudem werde überlegt, andere Möglichkeiten der Betreuung, wie z. B. Mutter-Kind-Gruppen nach Bedarf zu installieren. Bzgl. der Unterkünfte erklärt Bürgermeisterin, dass in den privaten Unterkünften hauptsächlich Personen untergebracht würden, die über einen Ortsbezug nach Melle kämen. Hier dankt sie für die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten. Außerdem gebe es einige städtische und von der Wohnungsbau Grönegau GmbH zur Verfügung gestellte Wohnungen. Des Weiteren solle es auch Sammelunterkünfte geben. Hier sei das ehemalige Hebel Bürogebäude angeboten worden und werde derzeit nutzbar gemacht. Auch in den Räumlichkeiten des ehemaligen ev. Krankenhauses an der Riemsloher Straße gebe es Unterbringungsmöglichkeiten für 38 Personen. Auch eine Turnhalle sei für die Unterbringung umgewidmet worden, da es nötig geworden war, eine schnelle Lösung zu finden. Das Ziel sei natürlich, die Turnhalle so schnell wie möglich wieder freizugeben, wenn andere Möglichkeiten eingerichtet worden seien.

Herr Dammann erkundigt sich, um welche Turnhalle es sich handele.

Bürgermeisterin erklärt, dass es sich um die alte Turnhalle in Riemsloh handele und diese aufgrund verschiedener Kriterien ausgesucht worden sei.

Herr Pietsch möchte wissen, inwieweit es eine Datenübermittlung zwischen den einzelnen Behörden gebe. Vor einigen Jahren habe er bei der Unterbringung syrischer Flüchtlinge die Erfahrung gemacht, dass durch einen nicht stattfindenden Austausch der Daten die erforderlichen Angaben bei jeder Behörde neu hinterlegt werden mussten.

Bürgermeisterin teilt mit, dass der Datenschutz sehr wichtig sei und personenbezogene Daten in vielen Bereichen nicht ausgetauscht werden dürften.

Herr Reehuis gibt zu bedenken, dass es für die Geflüchteten notwendig sei, ein eigenes Konto zu haben, um Leistungen zu beziehen. Die Eröffnung des Kontos sei aber teilweise ein Problem. Sollte ein Reisepass oder Identitätsnachweis vorhanden sein, sei dieses möglich. Oft gebe es aufgrund der überstürzten Flucht diese Dokumente allerdings nicht und andere Unterlagen seien in kyrillischer Schrift. Hiermit sei keine Kontoeröffnung möglich. Er möchte wissen, ob es die Möglichkeit gebe, hier unterstützend einzugreifen.

Bürgermeisterin teilt mit, dass die Geflüchteten nach der Registrierung mit einer Bescheinigung des Sozialamtes ein Konto bei einem Geldinstitut eröffnen können. Sollte es in Einzelfällen zu Problemen kommen, müsse geschaut werden, wo die Ursache liege und es könnten sicherlich Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Frau Heitmann weist darauf hin, dass die ukrainische Fahrerlaubnis in Deutschland nur sechs Monate gültig sei. Hier halte sie es für sinnvoll, Kontakt mit dem Landkreis Osnabrück aufzunehmen und einen entsprechenden Hinweis zu verfassen.

Bürgermeisterin dankt für den Hinweis. Man werde diesen in einem entsprechenden Info-Flyer mit aufnehmen.

Vorsitzender informiert, dass der Leiter des Amtes für Familie, Bildung und Sport, Herr Karl-Wilhelm Möller, heute zum letzten Mal in dieser Funktion an einer Ratssitzung teilnehme. Ab dem 01.05.2022 werde er in den Ruhestand eintreten. Mit einem kurzen Rückblick und persönlichen Worten lässt er einige Stationen des Berufslebens von Herrn Möller Revue passieren. Er dankt im Namen des Rates der Stadt Melle für die geleistete Arbeit und das große Engagement für die Stadt Melle und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Herr Möller bedankt sich für die Würdigung und die guten Worte. Er erinnert an einige besondere prägnante Ereignisse in der Stadt Melle während seiner Laufbahn und dankt abschließend für die gute Zusammenarbeit und wünscht gutes Gelingen für die Weiterentwicklung der Stadt Melle.

## **TOP 6 Verabschiedung einer Resolution zum Krieg in der Ukraine**

Vorsitzender teilt mit, dass sich die Fraktionsvorsitzenden auf eine gemeinsame Resolution des Rates der Stadt Melle für Frieden und Solidarität in der Ukraine verständigt haben (s. Anlage 2). Im Folgenden verliest er die Resolution im Wortlaut.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle stimmen der Resolution zu.

## **TOP 7 Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ortsräte, die Ausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften (2021 - 2026) Vorlage: 01/2022/0057**

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ortsräte, die Ausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften wird in der vorliegenden Fassung für die Wahlperiode 2021 bis 2026 beschlossen.

## **TOP 8 Neubesetzung des Schiedsamtes der Stadt Melle Vorlage: 01/2022/0081**

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Annicke von Bistram, Am Sunderholz 19, 49328 Melle wird für fünf Jahre für das Amt der stellv. Schiedsfrau der Stadt Melle gewählt.

## **TOP 9 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2022 für die Investitions-Nr. I40021-P05 Kita "Grashüpfer", BGA Vorlage: 01/2022/0039/1.1**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage und erklärt beginnend, dass die Abkürzung „BGA“ Betriebs- und Geschäftsausstattung bedeute. Er teilt mit, dass heute eine korrigierte Beschlussvorlage als Tischvorlage vorgelegt worden sei. In der ursprünglichen Vorlage seien überplanmäßige Bedarfe in Höhe von insgesamt 110.500,00 € angemeldet und dem Finanzhaushalt zugeordnet worden. Da jedoch insbesondere die Investitionskosten für das Umsetzen und Anpassen der vorhandenen Container in Höhe von 60.500,00 € dem Ergebnishaushalt zuzuordnen seien, sei hier eine Anpassung des Beschlusses notwendig

geworden. Im Ergebnishaushalt sei eine Deckung gegeben. Im Bereich des Inventars sei ebenfalls durch Schiebung innerhalb des Projektes eine Deckung möglich und daher keine überplanmäßige Ausgabe notwendig.

Herr Uffmann teilt mit, dass er sich dafür bedanke, dass in dem Bereich „Kita“ immer wieder kreative Lösungen gefunden würden. Durch den Beschluss zur Einrichtung einer dritten Gruppe in der Kita „Grashüpfer“ sei die Möglichkeit geschaffen worden, ein festes Bauwerk entstehen zu lassen. Außerdem werde so dafür gesorgt, dass durch die Herrichtung des Containers eine Kindergartengruppe dort untergebracht werden könne. Die Maßnahme sei zudem ein guter Schritt im Dorfentwicklungsprogramm.

Der Rat der Stadt Melle fasste einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Projekt „An und Ausbau Kindertagesstätten“ im Haushaltsjahr 2022 für einen Zuschuss zum Umsetzen und Anpassen der vorhandenen Container in Höhe von 60.500 € werden genehmigt.

**TOP 10 Überörtliche Kommunalprüfung zur Digitalisierung in  
allgemeinbildenden Schulen  
Vorlage: 01/2022/0007**

Herr Dreier erläutert die Informationsvorlage.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 11 Richtlinie zur Vergabe von Standorten für  
Großflächenplakate  
Vorlage: 01/2022/0090**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Holzgräfe teilt mit, dass seine Fraktion die Richtlinie kritisch sehe. Zunächst sehe es bei der vorgesehenen Vergabe so aus, dass alle Fraktionen die gleiche Anzahl an Standorten bekommen könnten. Danach würden jedoch die restlichen Standorte prozentual nach dem vorherigen Wahlergebnis aufgeteilt. Dieses entspreche nicht dem Gleichheitsprinzip und man sei hiermit nicht einverstanden.

Herr Pietsch unterstreicht, dass die UWG es grundsätzlich befürworte, dass eine Regelung bzgl. der Vergabe von Standorten für Großflächenplakate getroffen werde. Mit der Ausführung der vorgesehenen Regelung sei er jedoch nicht einverstanden. Eine Vergabe nach Proporz benachteilige kleinere Gruppierungen. Für die kommende Landtags-, Bundestags-, und Europawahl sei dieses nicht so ausschlaggebend und man könne schauen, ob die Vorgehensweise funktioniere. Hier müsse dann eine Evaluierung erfolgen. Er gehe davon aus, dass für die Kommunalwahl eine Nachbesserung erforderlich sei, damit es zu keiner Ungleichbehandlung komme. Aus diesem Grund stimme die UWG dem Beschlussvorschlag zunächst nicht zu.

Herr Hunting teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme und er dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung. Mit der 5%-igen Vergabe würden auch kleineren Gruppierungen Standorte zugewiesen. Er weist darauf hin, dass bei einer Bundestags- oder Landtagswahl zahlreiche Gruppierungen einen Standort in Anspruch nehmen wollen. In einer gewissen Weise müsse der Proporz berücksichtigt werden. Die Richtlinie sei ein erster Schritt und man könne dann daraus Erfahrungen sammeln.

Herr Reehuis bemerkt, dass es ein demokratischer Grundsatz sei, bei solchen Angelegenheiten eine Verteilung nach zwei Prinzipien vorzunehmen. Ein Grundsockel bei der Verteilung gelte für alle und darüber hinaus werde nach Proporz vergeben. Dabei gehe man natürlich von den vorangegangenen Wahlergebnissen aus. Ein Problem sehe er in der Richtlinie unter §2 (5). So sollen sich Antragssteller, die sich für den gleichen Standort entschieden hätten, untereinander verständigen, wem der Standort zugewiesen werde. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu, halte eine Evaluierung jedoch für sinnvoll.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Die Regelung der Vergabe sei besser als die bisherige Vorgehensweise. Möglicherweise sei die Richtlinie jedoch bei einer Bürgermeister- oder Kommunalwahl nicht optimal. Bis dahin fänden jedoch noch andere Wahlen statt und man habe es dabei ggf. mit vielen verschiedenen Gruppierungen zu tun. Anhand der Erfahrungen solle dann spätestens zu den Kommunalwahlen eine Evaluierung stattfinden.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle beschließt die anliegende Richtlinie zur Vergabe von Standorten für Großflächenplakate.

**TOP 12 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021:**

**TOP 12.1 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 im Produkt 122-01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung  
Vorlage: 01/2021/0255**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 122-01 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ in Höhe von 49.070 € für das Haushaltsjahr 2021 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 12.2 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 für das Produkt 121-01 "Statistik und Wahlen"  
Vorlage: 01/2022/0047**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 121-01 „Statistik und Wahlen“ für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 39.901,82 € werden gem. § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 12.3 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2021 im  
Produkt 546-01 Parkeinrichtungen  
Vorlage: 01/2022/0005**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Auszahlungen für das Produkt 546-01 Parkeinrichtungen (Investition I66017-700 „Anschaffungen Parkplätze“) in Höhe von ca. 20.205,22 € für das Haushaltsjahr 2021 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 12.4 Überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021  
im Produkt 111-16 Baubetriebsdienst  
Vorlage: 01/2022/0048**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 111-16 im Ergebnishaushalt Baubetriebsdienst in Höhe von 29.537,00 € für das Haushaltsjahr 2021 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 13 Gesellschaftsanteil Automuseum Melle gGmbH  
Vorlage: 01/2022/0035**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Kruse-Wiegand teilt ergänzend mit, dass sie durch einen Blick in das Gästebuch des Automuseums Melle gGmbH und die vielen positiven Einträge habe feststellen können, dass das Automuseum weit über die Stadt- und Landesgrenze hinaus bekannt und ein wichtiges Aushängeschild für die Stadt Melle sei. Der Erfolg sei den Sammlern der zur Verfügung gestellten Objekte sowie dem gesamten Netzwerk zu verdanken. Ihre Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu. Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing appelliere sie an alle, das Automuseum weiter zu unterstützen, zu begleiten und auszubauen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- a) Die Stadt Melle stimmt einer Erhöhung des Stammkapitals der Geschichte auf Räder - Automuseum Melle gGmbH auf bis zu 127.551 Eur zu und erwirbt durch Einzahlung in Höhe von 62.551 Eur den neuen Anteil an dem Stammkapital. Der Geschäftsanteil der Stadt Melle erhöht sich von aktuell 2.500 Eur (= 3,85 % von 65.000 Eur) auf insgesamt 65.051 Eur (= 51,00% von 127.551 Eur).
- b) Sofern im Rahmen der Änderung der Gesellschafterstruktur Mitgesellschafter Geschäftsanteile im Nennwert von je 2.500 Eur der Stadt Melle zum Erwerb anbieten, werden diese Anteile erworben, wenn der Kaufpreis je Gesellschaftsanteil dessen

Nennwert nicht übersteigt. In diesem Fall werden die vorgenannte Einlagezahlung und das zu erreichende gezeichnete Kapital nach a) anteilig gekürzt, sodass im Ergebnis das Ziel einer 51 %-Beteiligung der Stadt Melle beibehalten wird.

- c) Der erforderlichen Änderung des Gesellschaftsvertrages wird bezüglich der Erhöhung des Stammkapitals, jedoch unter Beibehaltung aller weiteren Bestimmungen des bestehenden Vertrages zugestimmt.
- d) Der Sperrvermerk für die Investitions-Nr. I20019-013 Kapitaleinlage Automuseum wird aufgehoben.

**TOP 14 Annahme von Zuwendungen**  
**Vorlage: 01/2022/0075**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 15 Bauleitplanverfahren:**

**TOP 15.1 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "Sondermühlener Straße - Beckers Kamp", Melle-Wellingholzhausen**  
**hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 01/2021/0307**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann ergänzt, dass zu diesem Bauvorhaben ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen worden sei. Es sei nachverhandelt worden, dass auf dem Gebäude eine Photovoltaikanlage installiert werde. Im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung sei das Thema „Hochwasser und Starkregenereignisse“ ausführlich diskutiert worden. Hier gebe es noch einiges zu tun, was jedoch nicht alles mit diesem Bebauungsplan zu erledigen sei. Der Ausschuss habe das Vorhaben als eine sinnvolle Maßnahme sehr begrüßt.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass er sich der Aussage von Herrn Uffmann ausdrücklich anschließe. Die Planungen seien sehr gelungen und er bittet um Zustimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Melle im Bereich "Sondermühlener Straße - Beckers Kamp" wird festgestellt.

**TOP 15.2 Bebauungsplan "Sondermühlener Straße - Beckers Kamp",  
Melle-Wellingholzhausen; hier: Beschluss über die  
Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0304**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Sondermühlener Straße – Beckers Kamp“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 15.3 Bebauungsplan "Kosakenallee - 3. vereinfachte Änderung",  
Melle-Mitte; hier: Beschluss über die Abwägung und  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0371**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann ergänzt, dass durch die Maßnahme der zuvor komplett versiegelte Bereich etwas entsiegelt werde. Es sei kritisch angesprochen worden, dass dort wenig Grünflächen und eine intensive Bebauung erfolge. Allerdings sei es sinnvoll, eine Verdichtung im Innenstadtbereich vorzunehmen. Die Anzahl der Stellplätze sei mit 1,25 pro Wohneinheit festgelegt worden, da der öffentliche Personennahverkehr gut zu erreichen sei. Zudem sei man sich im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung auch über die festgelegte Geschossigkeit einig geworden.

Herr Pietsch teilt mit, dass die UWG Melle es ausdrücklich begrüße, wenn innerörtlich versiegelte Flächen der Wohnbebauung zugeführt würden. Dieses führe hoffentlich dazu, dass sich die Wohnungssituation in Melle entspanne. Allerdings sei es wichtig, sich das jeweilige Umfeld anzuschauen. So sei evtl. die Verkehrssituation im Bereich der Einmündung Kosakenallee problematisch. Gerade zu Stoßzeiten gebe es hier ein großes Verkehrsaufkommen durch Busse, Autos, Fahrradfahrer und Fußgänger. Es sei wichtig, sich in naher Zukunft generell über die Verkehrssituation in diesem Gebiet Gedanken zu machen. Abschließend teilt er mit, dass die UWG Melle dem Beschlussvorschlag zustimme.

Herr Kruse schließt sich der Aussage von Herrn Pietsch bzgl. der Verkehrssituation an. Er habe bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass es durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen aus der Kosakenallee, insbesondere morgens, zu Problemen kommen könnte. Die im Ortsrat Melle-Mitte angestellten Überlegungen, die Gesmolder Straße ab dem neuen Gebäude bis zum Kreisel zu schließen, halte er für nicht sinnvoll und sollten nicht in Erwägung gezogen werden. Seiner Meinung nach hätten diese Dinge im Bebauungsplan gewürdigt werden müssen. Er begrüße den Antrag der UWG Melle, die Situation in dem Kreuzungsbereich in einer Machbarkeitsstudie zusammenzufassen. Er teilt abschließend mit, dass er sich bei der Beschlussfassung enthalten werde. Die Schaffung von Wohnraum halte er zwar für wichtig, die verkehrliche Situation in dem Bereich sei jedoch katastrophal und es sei eine Lösung erforderlich.

Herr Plaß informiert, dass es den angesprochenen Vorschlag aus dem Ortsrat Melle-Mitte so nicht gebe. Über die Begründung, die Verkehrssituation sowie die Höhe des Gebäudes sei im Ortsrat intensiv beraten worden und man habe einstimmig entschieden, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Die Verkehrssituation müsse natürlich weiter beobachtet

werden. Gerade im Hinblick auf die Wohnungssituation in Melle bitte er um Zustimmung für den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Herr Trenkler bemerkt, dass es in allen Städten zu Stoßzeiten zu einem hohen Verkehrsaufkommen und problematischen Situationen komme. Mögliche Lieferanten in der Kosakenallee würden schnell bemerken, dass eine Anlieferung zu den Stoßzeiten ungünstig sei. Des Weiteren sei es nicht so, dass alle Verkehrsteilnehmer von der Kosakenallee nach links auf die Gesmolder Straße abbiegen wollen. Auch gebe es die Möglichkeit, rechts abzubiegen und dann durch den Kreisverkehr wieder in Richtung Innenstadt zu fahren.

Herr Stakowski schließt sich den Ausführungen von Herrn Plaß an. Er stellt fest, dass ein viergeschossiger Baukörper an dieser Stelle geschaffen werde. Der Ortsrat Melle-Mitte habe dieses nach ausführlicher Diskussion einstimmig befürwortet. Er bittet jedoch darum, für zukünftige Maßnahmen im Stadtzentrum ein Konzept zu entwickeln und zu prüfen, ob Gebäude in dieser Höhe gewünscht werden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Kosakenallee – 3. vereinfachte Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 15.4 Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung",  
Melle-Buer; hier: Beschluss über die Abwägung,  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2022/0021**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann ergänzt, dass der Grund für diesen Beschlussvorschlag sei, dass die Kompensationsmaßnahmen anders ausgeführt werden sollten, als im eigentlichen Bebauungsplan vorgesehen worden sei. Es sei im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung ausführlich über den Ablauf diskutiert worden. Es habe Kritik über den zeitlichen Ablauf der Maßnahme gegeben. Die Maßnahmen und terminlichen Abläufe seien im städtebaulichen Vertrag abgearbeitet und abgesichert worden. So könne der Bebauungsplan nach vielen Jahren nun abgeschlossen werden.

Herr Pietsch unterstreicht, dass die UWG Melle es begrüße, dass nun endlich die Aussicht auf eine Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen bestehe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Wohnpark Groenen Feld – 1. Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 15.5 Innenbereichssatzung "Suttheide-Erweiterung" hier:  
Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0376**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird, wie in den Anlagen dargestellt, beschlossen.

Die Innenbereichssatzung „Suttheide-Erweiterung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 16 Nachhaltige Aspekte beim Planen, Bauen und Betreiben von  
öffentlichen Gebäuden  
Vorlage: 01/2021/0150**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Hunting teilt mit, dass es gut und richtig sei, das vorliegende Konzept heute zu beschließen. Bereits in der Vergangenheit habe man sich bemüht, nachhaltige Aspekte in die Planungen von öffentlichen Gebäuden einfließen zu lassen und es seien schon viele Dinge auf den Weg gebracht worden. Er dankt für die konkrete und detaillierte Handlungsanweisung. So sei ein Rahmen für künftige Planungen gegeben worden. Möglicherweise würden sich so Diskussion erübrigen. Unerlässlich sei es zudem, als öffentliche Hand mit gutem Beispiel voranzugehen. Insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel und die aktuellen weltpolitischen Ereignisse sei es wichtig, schonend mit den Ressourcen umzugehen.

Frau Heitmann schließt sich der Aussage von Herrn Hunting an. Die Auswirkungen des Klimawandels seien deutlich zu spüren. Es sei richtig, dass die Stadt Melle bei neuen Bauvorhaben eine Vorreiterfunktion übernehme, Handlungsanweisungen festlege und befolge. Das Pariser Schutzabkommen habe gewisse Vorgaben beschlossen und die Bundesregierung und das Land Niedersachsen hätten Grundsätze erworben, welche die Stadt Melle übernehme. Sie freue sich, dass dem im Ausschuss für Gebäudemanagement gestellten interfraktionellen Antrag, dass eine Evaluierung abweichend vom Konzept spätestens alle zwei Jahre erfolgen soll, zugestimmt worden sei.

Herr Holzgräfe betont, dass ökologische Aspekte wichtig seien. Er weist darauf hin, dass es auch wichtig und selbstverständlich sein sollte, dass eine Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden perspektivisch mit einbezogen werde.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden erweiterten

**Beschluss:**

Das der Vorlage in Anlage beigefügte Konzept zur Berücksichtigung von nachhaltigen Aspekten beim Planen, Bauen und Betreiben von öffentlichen Gebäuden der Stadt Melle wird beschlossen.

Die Evaluierung soll abweichend vom Konzept spätestens alle zwei Jahre erfolgen.

**TOP 17 Machbarkeitsstudie zur Klärschlamm Trocknung**  
**Vorlage: 01/2022/0031**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Trenkler informiert ergänzend, dass das Thema in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am 16.02.2022 ausführlich beraten und diskutiert worden sei. Man habe einstimmig beschlossen, den ursprünglichen Beschlussvorschlag um den Satz „Die Gespräche für eine interkommunale Kooperation mit Georgsmarienhütte sollen wieder aufgenommen werden.“ zu ergänzen. Auch in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.03.2022 sei dieses empfohlen worden. Er bittet auch in der heutigen Sitzung um Zustimmung.

Herr Thöle teilt mit, dass es sich um ein wichtiges Thema handle. Bereits vor über einem Jahr habe man den guten und richtigen Beschluss gefasst, dass eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden solle. Das Ergebnis sei, dass nun weiter ausgeschrieben werden sollte. Die mittelfristigen Optionen, Weiterentwicklung der Kläranlagenlandschaft und eine eigene Trocknungsanlage, sollten auf keinen Fall vergessen werden. Die Gespräche mit Georgsmarienhütte könnten zwar weiterlaufen, eine Kooperation sei für ihn jedoch keine Option. Es sei aufgrund der hohen Energiepreise und dem CO<sub>2</sub> Ausstoß nicht sinnvoll, den Klärschlamm nach Georgsmarienhütte abzufahren. Im Moment sei es problematisch, ein Grundstück im Bereich der Kläranlage Melle-Mitte zu finden. Es sei jedoch wichtig, weiterhin nach einer Lösung zu suchen. Es gehe um ein großes Potential für die Stadt Melle und dürfe nicht aus den Augen verloren werden.

Herr Pietsch schließt sich den Aussagen von Herrn Thöle an. Er betont, dass neben den wirtschaftlichen Aspekten auch die durch die Transporte verursachte Umweltverschmutzung bei der Gesamtbewertung berücksichtigt werden müsse. Daher sei es wichtig, eine Lösung in Melle zu finden, um dieses Problem zu minimieren.

Herr Uffmann bemerkt, dass es richtig sei, die ökologischen Probleme zu bedenken. Er habe die Studie jedoch so verstanden, dass eine kurzfristige Umsetzung nicht möglich sei. Alleine die Umsetzung der Kläranlagenkonzepte würde mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass man die Gespräche mit Georgsmarienhütte kurzfristig wieder aufnehmen sollte, da eine Unterbrechung nur für die Machbarkeitsstudie erfolgt sei. Auch um eine Planungssicherheit zu haben, müsse geklärt werden, welche Möglichkeiten es bei der Kooperation noch gebe. Seine Fraktion stimme dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu.

Frau Meier teilt mit, dass es wichtig sei, alle Türen offen zu halten und versucht werde solle, das Thema auf breiter Basis zu bearbeiten. Derzeit sei die Lage in Bezug auf Energieversorgung und – kosten unsicher. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass man die Gespräche mit Georgsmarienhütte wieder aufnehmen sollte, bevor man eine Klärschlamm Trocknung selber angehe. Dieses sei aufgrund der Einsparung von Energiekosten zwar ein großer Vorteil, allerdings müsste zuerst die Grundstücksfrage geklärt sein. Ihre Fraktion stimme dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu.

Herr Gerling bemerkt, dass es aufgrund der Grundstücksfrage und der Situation, dass die Kläranlage erst aufgerüstet werden müsste, derzeit keine Möglichkeit gebe, den Klärschlamm in Melle zu trocknen. Er befürworte die Kooperationsgespräche mit Georgsmarienhütte. Allerdings mache eine Klärschlamm Trocknung dort nur Sinn, wenn die benötigte Wärme von der Stahlhütte verwendet werden könne. Sollte eine Heizung errichtet werden müssen, sei es unattraktiv, den Klärschlamm nach Georgsmarienhütte zu fahren. Eine Kooperation mit Georgsmarienhütte sei sinnvoll, allerdings sollte langfristig eine eigene Klärschlamm Trocknung in Melle realisiert werden. Dieses sollte dann seiner Meinung nach über eine Solartrocknung erfolgen.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass die Option für Gespräche zu einer interkommunalen Kooperation mit Georgsmarienhütte bereits im zweiten Satz des ursprünglichen Beschlussvorschlages enthalten sei. Über die sinnvollste Option müsse dann später entschieden werden.

Vorsitzender lässt über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung „Die Gespräche für eine interkommunale Kooperation mit Georgsmarienhütte sollen wieder aufgenommen werden“ abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden ergänzten

**Beschluss:**

Die Entsorgung des auf den Meller Kläranlagen anfallenden Klärschlammes soll weiterhin als entwässerter Schlamm öffentlich ausgeschrieben werden.

Mittelfristige Optionen der Klärschlamm Entsorgung sollen weiter geprüft und den Gremien aufgezeigt werden.

*Die Gespräche für eine interkommunale Kooperation mit Georgsmarienhütte sollen wieder aufgenommen werden.*

**TOP 18 Verleihung einer Ehrenbezeichnung  
Vorlage: 01/2022/0051**

Bürgermeisterin erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reehuis ergänzt, dass Herr Bonhaus sich in besonderer Weise um den Feuerschutz in der Stadt Melle gekümmert habe. Er sei bereits am 01.10.1976 in die Freiwillige Feuerwehr Riemsloh eingetreten und sei somit seit fast 46 Jahren aktives Mitglied. Zudem habe er 24 Jahre die Geschicke der Ortsfeuerwehr Riemsloh als Ortsbrandmeister geleitet. Er begrüße die Ernennung zum Ehrenortsbrandmeister.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Riemsloh wird **Herrn Heinz Bonhaus** die **Ehrenbezeichnung „Ehrenortsbrandmeister“** verliehen.

**TOP 19 Verleihung einer Ehrenbezeichnung  
Vorlage: 01/2022/0077**

Bürgermeisterin erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Herrn Günter Oberschmidt, Küsterkamp 27, 49328 Melle, wird der Titel „Ehrenortsbürgermeister“ des Stadtteiles Riemsloh verliehen.

**TOP 20 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0076**

Bürgermeisterin erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Herrn Hon.-Prof. Dr. Fritz -Gerd Mittelstädt wird in Anerkennung seiner besonderen und langjährigen Verdienste und seines Engagements für die Stadt Melle als Dank und Anerkennung die Ehrenmedaille der Stadt Melle verliehen.

**TOP 21 Ernennung von Ortsbrandmeistern/stellv. Ortsbrandmeistern:**

**TOP 21.1 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Niederholsten  
Vorlage: 01/2022/0056**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Reehuis erklärt ergänzend, dass es in den Tagesordnungspunkten 21.1 bis 21.8 um die Ernennungen von Ortsbrandmeistern und stellv. Ortsbrandmeistern gehe. Er stellt fest, dass die Nachfolgeregelungen in den Ortsfeuerwehren sehr positiv gestaltet werden können. Teilweise gehe es um eine Wiederwahl oder einen Aufstieg. Bei allen Ernennungen sei Einvernehmen mit dem Kreisbrandmeister van de Water hergestellt worden. Im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung habe es einstimmige Zustimmungen gegeben.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Niederholsten wird **Oliver Koopmann** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2022 bis zum 31.03.2028 **zum Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Niederholsten ernannt.

**TOP 21.2 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Niederholsten  
Vorlage: 01/2022/0054**

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Niederholsten wird **Rafael Loske** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter für die Dauer von sechs Jahren mit Wirkung des 01. des Monats nach Bestehen des erforderlichen Gruppenführerlehrgangs **zum stellv. Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Niederholsten ernannt.

**TOP 21.3 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Riemsloh  
Vorlage: 01/2022/0052**

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Riemsloh wird **Daniel Riske** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.06.2022 bis zum 31.05.2028 **zum Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Riemsloh ernannt.

**TOP 21.4 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Riemsloh  
Vorlage: 01/2022/0053**

Vorsitzender stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Riemsloh wird **Patrick Lange** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.06.2022 bis zum 31.05.2028 **zum stellv. Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Riemsloh ernannt.

**TOP 21.5 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Tittingdorf  
Vorlage: 01/2022/0055**

**Beschlussvorschlag:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Tittingdorf wird **Florian Staas** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2022 bis zum 31.03.2028 **zum Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Tittingdorf ernannt.

**TOP 21.6 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Tittingdorf  
Vorlage: 01/2022/0060**

Vorsitzender stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Tittingdorf wird **Thomas Buermann** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2022 bis zum 31.03.2028 **zum stellv. Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Tittingdorf ernannt.

**TOP 21.7 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Wellingholzhausen  
Vorlage: 01/2022/0045**

Vorsitzender stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen wird **Mario Stumpe** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.06.2022 bis zum 31.05.2028 **zum Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen ernannt.

**TOP 21.8 Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr  
Wellingholzhausen  
Vorlage: 01/2022/0062**

Vorsitzender stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen wird **Nico Möller** unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.06.2022 bis zum 31.05.2028 **zum stellv. Ortsbrandmeister** der Ortsfeuerwehr Wellingholzhausen ernannt.

**TOP 22 Anträge von Ratsfraktionen- und gruppen:**

**TOP 22.1 Richtlinien zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen  
durch die Stadt Melle**

Vorsitzender teilt mit, dass es zu dem TOP einen Antrag der SPD/Grüne/Linke - Stadtratsgruppe und einen Antrag der CDU-Fraktion gebe.

**TOP 22.1.1 Antrag der SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe auf Änderung  
der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer  
Maßnahmen durch die Stadt Melle  
Vorlage: 01/2022/0009**

**TOP 22.1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Richtlinie zur  
Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt  
Melle  
Vorlage: 01/2022/0066**

Herr Hunting erläutert den Antrag der SPD/Grüne/Linke - Stadtratsgruppe. Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen eine Erhöhung des Tagessatzes von 2,50 € auf 5,00 € je Teilnehmerinnen und Teilnehmer und für Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter eine Erhöhung von 3,50 € auf 7,00 € je Tag. Ein gleichlautender Beschluss sei bereits für die

Jahre 2020 und 2021 gefasst worden. Aufgrund der andauernden Pandemie sei man der Meinung, dass eine weitere Förderung sinnvoll sei. Herr Hunting bemerkt zu dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion, dass dieser im Wesentlichen dem Antrag der SPD/Grüne/Linke - Stadtratsgruppe zustimme. Jedoch beantrage man in diesem zusätzlich, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nicht ihren ersten Wohnsitz in Melle hätten, auch gefördert würden, wenn sie Mitglied des Trägers seien. Diesem Vorschlag stimme man zu. Allerdings könne man den Vorschlag, dass eine gültige Juleica nicht erforderlich sein solle, nicht unterstützen. Es sei wichtig, dass die Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter eine Qualifikation hätten. Durch die Juleica würden Fortbildungsmaßnahmen und Schulungen nachgewiesen. Abschließend bittet Herr Hunting um Zustimmung des Antrages der SPD/Grüne/Linke Gruppe und des ersten Teils des Antrages der CDU-Fraktion.

Herr Schulke teilt mit, dass er es begrüße, dass der ursprüngliche Antrag seiner Fraktion aus dem Jahr 2020 wieder aufgegriffen werde. Es sei wichtig, die Jugendarbeit zu fördern. Zum Antrag seiner Fraktion teilt er mit, dass es im dritten Teil darum gehe, dass Tagesveranstaltungen nur gefördert würden, wenn sie mindestens sechs Stunden andauerten. Seine Fraktion halte es zudem für wichtig, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch gefördert würden, wenn sie nicht ihren ersten Wohnsitz in der Stadt Melle haben. Zum ersten Teil des Antrages bemerkt er, dass man ergänzen könnte, dass in der Vergangenheit eine Gruppenleiterausbildung vorgelegen habe müsse. In der Praxis sehe es so aus, dass viele Jugendlichen in der Schulzeit die Juleica machten. Diese sei drei Jahre gültig und in der Zeit verlegten viele, aufgrund eines Studiums oder Ausbildung, ihren Wohnsitz in andere Städte. Daher sei es sinnvoll, dass es auch eine Förderung gebe, wenn man eine Juleica gemacht habe und jetzt nicht mehr in Melle wohne. Teilweise fehle die Zeit und die Möglichkeit an den für eine Verlängerung der Juleica notwendigen Fortbildungen teilzunehmen. Man müsse jedoch über jede Person froh sein, die sich in der Jugendarbeit engagiere.

Bürgermeisterin informiert, dass man für eine Verlängerung der Juleica in drei Jahren acht Fortbildungsstunden nachweisen müsse. Diese Fortbildungen müssten auch nicht in der Stadt Melle erfolgen. Teilweise könnten zudem Kurse aus Studium oder Ausbildung angerechnet werden. Sie spreche sich dafür aus, dass der bisherige hohe Qualitätsstandard erhalten werden sollte. Bei den Weiterbildungen gehe es um wichtige Themen in der Jugendarbeit.

Vorsitzender lässt zuerst über den ersten Teil des weitergehenden Antrages der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle lehnt mit 21 Nein-Stimmen, 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden ersten Teil des Antrages der CDU-Fraktion

Gruppenleiter\*innen, die nicht ihren ersten Wohnsitz im Gebiet der Stadt Melle haben, erhalten auch dann die üblichen Zuschüsse für Freizeitmaßnahmen und Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, wenn der Träger der Maßnahme die Tätigkeit als Gruppenleiter\*in bescheinigt. Der Besitz einer gültigen Juleica ist nicht mehr notwendig.

**ab.**

Anschließend lässt Vorsitzender über den Antrag der SPD/Grüne/Linke - Stadtratsgruppe abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe beantragt mit Schreiben vom 22.12.2021 eine Änderung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle. Die in der Sitzung des Rates vom 15.07.2020 beschlossene Erweiterung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle, befristet vom 16.07.2020 bis 31.12.2020 und verlängert für das Jahr 2021 muss auch im Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 weitergeführt werden.

Inhalt dieser Änderung ist u.a. die Erhöhung des Tagessatzes von 2,50€ je Tag auf 5,00€ je Teilnehmer\*innen und für Gruppenleiter\*innen von 3,50€ je Tag auf 7,00€ je Tag. Dies gilt für Tagesveranstaltungen und mehrtägige Freizeitmaßnahmen mit und ohne Übernachtung, sowie eine verkürzte Antragsfrist von einer Woche.

Die im Haushalt geplanten Mittel dürfen nicht überschritten werden.

Danach lässt Vorsitzender über den zweiten und dritten Teil des Antrages der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Teilnehmer\*innen, die nicht ihren ersten Wohnsitz im Gebiet der Stadt Melle haben, werden auch dann gefördert, wenn sie Mitglied des Trägers der Maßnahme sind. Die Mitgliedschaft ist durch den Träger der Maßnahme zu bescheinigen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Sofern die in der Sitzung des Rates vom 15.07.2020 beschlossene Erweiterung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle bis zum 31.12.2022 verlängert wird, sollten mehrtägige Freizeitmaßnahmen mit und ohne Übernachtungen gefördert werden. Tagesveranstaltungen sollten nur gefördert werden, wenn diese mindestens 6 Stunden andauern.

**TOP 22.2 Antrag der UWG-Fraktion zur "Renaturierung der Else - Verfügbarkeit Fördermittel"  
Vorlage: 01/2022/0019**

Herr Pietsch erläutert, dass es in dem Antrag der UWG Melle darum gehe, dass ermittelt werden solle, welche Fördermöglichkeiten es für eine Renaturierung der Else gebe. Die Maßnahme würde dem Hochwasserschutz und der ökologischen Aufwertung der Elseniederung dienen.

Herr Thöle teilt mit, dass der Grundgedanke richtig sei und er zustimmen könne, wenn es zunächst nur um die Ermittlung der Fördermöglichkeiten gehe. Einer hohen Priorisierung der Maßnahme könne er derzeit nicht zustimmen. Er halte den Hochwasserschutz für wichtig, weise jedoch darauf hin, dass er die Flächenverfügbarkeiten kritisch sehe.

Herr Kruse bemerkt, dass er grundsätzlich Förderprogramme befürworte. Allerdings müssten Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Meller Stadtgebiet vorgenommen und aufeinander aufgebaut werden. Eine Renaturierung der Else dürfe nicht dazu führen, dass es

dadurch in anderen Bereichen zu Problemen komme. Ein gesamtes Hochwasserkonzept für die Stadt Melle unter Einbeziehung der Maschwiesen müsse sichergestellt sein.

Herr Trenkler teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich befürworte. Allerdings wünsche seine Fraktion sich folgende Änderung: „Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, welche Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene die Stadt Melle beantragen kann, um die Else zwischen Gesmold und der Ostumgehung zu renaturieren.“

Er erklärt, dass der Grund der Änderung sei, dass bei dem Projekt „Stadt-Land-Fluss“ die Maßnahmen im nördlichen Bereich nicht realisiert werden können. Diese könnten so in einem größeren Projekt mit untergebracht werden. Sollte dieser Änderungsantrag vom Antragsteller nicht gewünscht sein, werde ein eigener Antrag gestellt.

Herr Landmeyer teilt mit, dass es der UWG Melle bei dem Antrag um Naturschutz und ökologische Aufwertung gehe. Man könne sich eine Änderung des Antrages vorstellen, in dem es um das gesamte Stadtgebiet Melle gehe.

Vorsitzender lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden geänderten

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, welche Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene die Stadt Melle beantragen kann, um die Else im Stadtgebiet Melle mäandierend zu renaturieren.

#### **TOP 22.3 Antrag vom 02.02.2022 an den Rat der Stadt Melle am 30.03.2022 über den Finanzausschuss SPD/Grüne/Linke Stadtratgruppe Vorlage: 01/2022/0036**

Herr Hunting erläutert den Antrag der SPD/Grüne/Linke-Stadtratsgruppe. Man sei der Meinung, dass es mit den Straßenausbau- und Sanierungsmaßnahmen und den Überlegungen zu den Standards und Prioritäten weitergehen müsse. Die Verwaltung müsse die Möglichkeit haben, notwendige Maßnahmen voranzubringen. Darum beantrage man, den am 24.03.2021 gefassten Beschluss aufzuheben.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass seine Fraktion dem vorliegenden Antrag nicht zustimme. Zweck und Sinn des Moratoriums sei die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Erarbeitung einheitlicher Standards und die Erstellung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen nach Feststellung der aktuellen Zustandsbewertung. Die Arbeitsgruppe habe im August 2021 getagt. Von den genannten Kriterien seien noch nicht alle erfüllt und es sei wichtig, Standards, Regeln, Richtlinien und Normen der Forschungsgesellschaft für Straßen und Verkehrswege heranzuziehen. Er sei der Meinung, dass das Moratorium heute nicht aufgehoben werden sollte. Er schlage vor, dass man sich externer Hilfe bediene. So könnte man Unterstützung beim Aufbau von Straßendatenbanken, Erfassen von Kanalzustandsdaten, Einordnungen der Maßnahmen von Erschließungen und Sanierung und der Erstellung von Prioritätenlisten erhalten.

Herr Thöle teilt mit, dass seine Fraktion sich enthalten werde. Mehr Zeit wäre sinnvoll gewesen, da die Arbeitsgruppe im letzten Jahr aufgrund der Pandemie keine Möglichkeit gehabt habe zu arbeiten. Auch der finanzielle Aspekt müsse bedacht werden. Es gebe zwar vernünftige Ansätze in dem Antrag, diese würden jedoch nicht für eine Zustimmung reichen.

Herr Reehuis teilt mit, dass der Antrag im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung stehe. Man habe bereits damals deutlich gemacht, dass bestimmte Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Er halte es nicht für sinnvoll, nun erst abzuwarten. Eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen sei nötig.

Herr Landmeyer bemerkt, dass er sich generell beiden Meinungen und Überlegungen anschließen könne. Er gibt jedoch zu bedenken, dass ein Moratorium nicht praktikabel sei. Wichtig sei eine solide Zustandserfassung und Planung. Hierfür gebe es technische Mittel. So könnten kurz-, lang- und mittelfristige Erhaltungsmaßnahmen geplant werden.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 22 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen

Die SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe hat mit Schreiben vom 02.02.2022 folgenden Antrag gestellt:

1. Das am 24.03.21 vom Rat beschlossene „Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden“, wird ersatzlos aufgehoben (s. Punkt 4 des Beschlusses).
2. Der Ratsbeschluss zur Einsetzung einer „Arbeitsgruppe“ mit den „Zielsetzungen“ a) b) und c) wird aufgehoben (s. Punkt 2 a, b, c des Beschlusses vom 24.03.22).
3. Der Punkt 3. des Ratsbeschlusses vom 24.03.21 wird aufgehoben.
4. Die notwendigen Finanzmittel für die bereits vorgeplanten Straßenausbaumaßnahmen „Eickener Straße-III BA“ und „Wohnviertel Gerhart-Hauptmann-Str.“ sind im nächsten Nachtragshaushalt / Finanzplanung bzw. im Haushalt 2023 einzuplanen.
5. Parallel zur Abarbeitung der Maßnahmen unter 4. legt die Verwaltung einen begründeten Vorschlag für weitere Ausbaumaßnahmen vor - unter Beteiligung der Ortsräte.

**TOP 22.4 Antrag der B90/Grüne Stadtratsfraktion zur  
Angebotsverbesserung des Busverkehrs Richtung  
Werther/Bielefeld  
Vorlage: 01/2021/0187**

Herr Reehuis teilt mit, dass noch weitere Beratungen notwendig seien und der Antrag daher zurückgezogen werde.

**TOP 22.5 Antrag auf konzeptionelle Überlegungen zur  
Weiterentwicklung der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH der  
SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe vom 14.02.2022  
Vorlage: 01/2022/0059**

Herr Reehuis erläutert den Antrag der SPD/Grüne/Linke-Stadtratsgruppe.

Herr Thöle teilt mit, dass er es für wichtig halte, dass die Wirtschaftsbetriebe weiterentwickelt werden. Aktuell zeige sich bei anderen Kommunen jedoch, dass es bei eigenen Stadtwerken zu einer finanziellen Schieflage kommen könne. Daher könne man froh sein, dass man zurzeit nicht selber die Verteilung von Gas und Strom vornehme. Einen Querverbund mit einem Blockheizkraftwerk am Hallenbad halte er für sinnvoll. Es müsse jedoch bedacht werden, dass dieses wahrscheinlich auch mit Gas betrieben werde. Er könne nicht befürworten, dass in dem Antrag bereits davon gesprochen werde, dass das Blockheizkraftwerk „projektiert und gebaut“ werde solle. Grundsätzlich könne er dem Antrag zustimmen, es dürften jedoch keine falschen Entscheidungen getroffen werden.

Herr Kruse informiert, dass im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen klargestellt worden sei, dass es sich hier lediglich um einen Prüfauftrag handele. Es sei zudem diskutiert worden, wie ein Blockheizkraftwerk betrieben werde. Wenn man einen steuerlichen Nutzen in der Quersubventionierung haben wolle, brauche man ein Blockheizkraftwerk. Wichtig sei, dass es im Moment nur um einen Prüfauftrag gehe. Seine Fraktion könne dem Antrag so

zustimmen und man müsse sehen, was bei der Analyse herauskomme. Er betont, dass es wichtig sei, Alternativen zu einer Betreibung mit Gas und die Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden geänderten

### **Beschluss:**

Die SPD/Grüne/Linke Stadtratsgruppe hat mit Schreiben vom 14.02.2022 folgenden Antrag gestellt:

Als Einstieg in den Prozess erbitten wir eine umfassende Information über den Ist- Zustand und Darstellung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft sowie möglicher Entwicklungsperspektiven.

Es werden konzeptionelle Überlegungen zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH und Meller Netze GmbH angestellt. Zusätzliche Aufgaben für die Weiterentwicklung sehen wir in den Tätigkeitsfeldern

- Erzeugung und Verteilung von Energie.
- Betrieb kommunaler Einrichtungen, z.B. Bäder.
- Beteiligung und Verwaltung an Gesellschaften mit der Zielsetzung der kommunalen Daseinsvorsorge.

In einem ersten Schritt wird der Bau eines Blockheizkraftwerkes am Hallenbad für einen Querverbund unter Nutzung ökologischer und finanzieller Vorteile für die Stadt Melle angestrebt.

### **TOP 23 Wünsche und Anregungen**

-Herr Trenkler wünscht sich aufgrund der Auswirkung auf das Klima eine Reduzierung der Osterfeuer. Er informiert, dass bis jetzt für dieses Jahr 100 Brauchtumsfeuer angemeldet worden seien. Diese dürfen zum Schutz für die Tiere, erst kurz vor dem Anzünden zusammengeschoben werden. Leider würden oftmals auch nicht zugelassene Stoffe dort verbrannt. Er könne nachvollziehen, dass nicht alle Feuer von der Verwaltung kontrolliert werden können. Aufgrund einer trockenen Wetterlage oder Wind sei die Gefahr von Flächenbränden groß. Er schlägt vor, dass möglicherweise die Feuerwehrfrauen und -männer der Freiwilligen Feuerwehren, gegen ein entsprechendes Entgelt, die Feuer im Vorfeld kontrollieren könnten. Bei Gefahren könnte dann in einem Gespräch mit dem Veranstalter nach Lösungen gesucht werden.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse und schließt den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

22.05.2022  
gez. G. Boßmann  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender  
(Datum, Unterschrift)

19.05.2022  
gez. J. Dettmann  
\_\_\_\_\_  
Bürgermeisterin  
(Datum, Unterschrift)

19.05.2022  
gez. K. Lehnig  
\_\_\_\_\_  
Protokollführerin  
(Datum, Unterschrift)